

# Resolution: CETA ablehnen –Versprechen halten – **Grün bleiben** !

An Bündnis90/Die GRÜNEN Baden-Württemberg  
vorgelegt beim Besuch vom 11. Juli 2019 vom  
NETZWERK Gerechter Welthandel Baden-Württemberg  
[ [www.ceta-im-bundesrat.de](http://www.ceta-im-bundesrat.de) ]

Die grüne Landesdelegiertenkonferenz hat im Dezember 2017 beschlossen:

**„CETA widerspricht den Kriterien, die wir Grünen an faire Handelsabkommen anlegen. Nach den von uns in mehreren Beschlüssen festgelegten Bedingungen und roten Linien ist und bleibt CETA nicht zustimmungsfähig. Dies muss weiterhin GRÜNE Haltung auf allen Entscheidungsebenen sein ...“.**

Einige Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung scheinen dennoch bereit zu sein, CETA im Bundesrat zuzustimmen.

CETA beschränkt immer noch die sozial- und umweltpolitische Handlungsfähigkeit gewählter Regierungen

mit völkerrechtlich bindender Wirkung, schafft eine investorenfreundliche **Paralleljustiz** und räumt demokratisch nicht legitimierten **Ausschüssen** wie dem gemischten CETA-Ausschuss großen Einfluss auf die nationale Gesetzgebung ein.

Verheerende Wirkung hat CETA auf den Klimaschutz und damit auf die im Europawahlkampf gegebenen Versprechen, für die sich u.a. die GRÜNE Jugend im Rahmen von Fridays-for-Future engagiert. Durch CETA:

- erhält der **Investitionsschutz Vorrang vor dem Klimaschutz**,
- wird der Handel mit klimaschädlichen Produkten gesteigert,
- wächst das klimaschädliche Transportvolumen der globalen Warenströme,
- werden die **kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten** eingeschränkt.

Die Landesregierung ist nicht an Parteitagsbeschlüsse gebunden – auch nicht an ein Votum der GRÜNEN-Landtagsfraktion! Nur eine Landtagsmehrheit könnte dem Kabinett verbindliche Vorgaben für die CETA-Abstimmung im Bundesrat machen (gemäß Art. 34a LV-BW). Wir vertrauen darauf, dass Bündnis90/DieGrünen an ihrem Versprechen, CETA abzulehnen, als Regierungspartei in Baden-Württemberg im Bundesrat festhält. Eine Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zu CETA im Bundesrat bedeutet eine Unterordnung unter die unter der Ziele der CDU mit ihrem neoliberalen Credo auf Bundes- und Landesebenen. Das könnte die Glaubwürdigkeit von Bündnis90/Die Grünen vor Wählerinnen und Wählern im Land erheblich und dauerhaft beschädigen.

**GRÜNE Kernprojekte vom Klimaschutz über eine nachhaltige, ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise** bis zum Erhalt der Demokratie nehmen dauerhaften schweren Schaden, wenn es mit den EU-Handelsverträgen eine die neoliberaler Konstitutionalismus eingeführt wird.

Wir appellieren an Mandatsträger\*innen von Bündnis90/Die Grünen:

**Macht deutlich, dass das EU-ratifizierte CETA einen falschen Weg vorgibt! Wir brauchen eine ökologisch und sozial ausgerichtete EU-Handelspolitik mit einem gerechten Welthandel!**

**Wir als Netzwerk "Gerechter Welthandel" fordern Bündnis90/Die Grünen Baden-Württemberg auf, CETA im Bundesrat abzulehnen!**